



Tränkle, Stefanie/Herzbach, Dirk

Die Wut der Polizisten. Die Police Nationale zwischen Heroisierung und Hass durch die französische Bevölkerung

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2/2017), 4-16.

doi: 10.7396/2017_2_A

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Tränkle, Stefanie/Herzbach, Dirk (2017). Die Wut der Polizisten. Die Police Nationale zwischen Heroisierung und Hass durch die französische Bevölkerung, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2), 4-16, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2017_2_A.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2017

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 9/2017

Die Wut der Polizisten

Die Police Nationale zwischen Heroisierung und Hass durch die französische Bevölkerung



STEFANIE TRÄNKLE,
*Dozentin für Kriminologie an der
Hochschule für Polizei
Baden-Württemberg.*

Seit Wochen demonstrieren tausende Beamtinnen und Beamten der französischen Police Nationale auf der Straße. Der Beitrag fragt danach, woher die Wut der Sicherheitskräfte kommt und bündelt die aktuellen Ereignisse in eine Analyse des Verhältnisses zwischen Bürgerschaft und Staatsmacht ein. Polizeiarbeit in Frankreich ist derzeit ein auf Dauer gestellter Ausnahmezustand, der unter anderem im Zuge der Terrorabwehr eine extreme Beanspruchung der personellen Ressourcen bedeutet. Belastet wird diese Arbeit zusätzlich durch ein ambivalentes Verhältnis zwischen Police Nationale und Bevölkerung; die Sicherheitskräfte erleben Heroisierung ebenso wie Hass, der sich in wechselseitiger Gewalt äußert. Es wird skizziert, warum eine Annäherung zwischen Bevölkerung und Polizei auf Grund politischer und gesellschaftlicher Umstände einerseits und interner Strukturen andererseits über kurzzeitige Solidarisierungseffekte nach Attentaten hinaus kaum in Sicht scheint.



DIRK HERZBACH,
*Deutscher Koordinator des
gemeinsamen Zentrums der
deutsch-französischen Polizei- und
Zollzusammenarbeit in Kehl.*

1. EINLEITUNG

Mit Schals oder Papiermasken verummmt blockieren sie Straßenzüge mit Kraftfahrzeugen, halten die Tricolore hoch und singen die französische Nationalhymne: „Zu den Waffen, Bürger!“ („Aux armes, citoyens“), heißt es im Text der Marseillaise. Es sind französische Beamtinnen und Beamte der Police Nationale, die im ganzen Land teils unangemeldete Demonstrationen durchführen. Anlass dafür war ein Übergriff, der im Oktober 2016 im Großraum Paris an einer als Kriminalitätsschwerpunkt bekannten Straßenkreuzung stattfand: Es wurden Molotov-Cocktails in zwei Streifenwagen geworfen und die Beamtinnen und Beamten so lange am Aussteigen gehindert, bis zwei von ihnen nur noch mit lebensbedrohlichen, zwei mit leichteren Verletzungen in letzter Sekunde entkommen konnten.

Welche Interessen werden mit diesen Demonstrationen verfolgt? Die T-Shirts und Transparente der Demonstranten fordern: „Nous voulons protection et reconnaissance“ (wir wollen Schutz und Anerkennung). Der reklamierte Schutz ist zum einen im übertragenen Sinne in Form von Rückhalt durch Vorgesetzte gemeint, zum anderen aber auch als konkreter Gesundheitsschutz in Form besserer Schutzausstattung. Ein junger Beamter, der in einer der stark kriminalitätsbelasteten Vorstädte eingesetzt ist, berichtete uns, dass die Beschaffung von Sicherheitsausstattung auf eigene Kosten „normal“ sei: „Sie geben uns weiße Handschuhe für die Gala-Uniform, aber es fehlen oft Helme, um uns zu schützen, wenn wir mit Steinen beworfen werden.“

Interessanterweise richtet sich die Wut einerseits auf die Bevölkerung, anderer-

seits gegen die eigenen Vorgesetzten und die Justiz. Gefordert wird von den frustrierten Einsatzkräften v.a. Konsequenz in der Strafverfolgung und in der Strafpraxis. An die Bevölkerung wird der Appell gerichtet, Einsatzkräfte nicht anzugreifen, um deren Fähigkeit zum Schutz der Bevölkerung nicht zu gefährden.

Die Malaise ist nichts Neues, aber im Jahr 2016 kulminierten vielfache Belastungen, die zu einer Frustration führten, die sich nun in den Demonstrationen entlädt: Die extrem hohe Arbeitsbelastung infolge des „plan vigipirate“ (erhöhte Alarmbereitschaft und dauerhafte Präsenz der Einsatzkräfte im öffentlichen Raum im Rahmen der Terrorabwehr) ist zusätzlich zu kräfteintensiven Großlagen zu bewältigen (Fußball-Europameisterschaft, wochenlang anhaltende Demonstrationen gegen eine Reform des Arbeitsrechts). Der Organisationsgrad der Demonstrationen ist derzeit zahlenmäßig noch gering¹, aber eine Interessenbündelung formiert sich: „Mouvement des policiers en colère“ (Bewegung der wütenden Polizisten) ist ein Verein, der im November 2016 aus Enttäuschung über die Polizeigewerkschaften gegründet wurde. Die zunächst in den Regionen unabhängig voneinander entstandene Bewegung hat sich im Januar 2017 zur UPNI – Union des policiers nationaux indépendants (Vereinigung der unabhängigen Polizisten der Nationalpolizei) zusammengeschlossen.²

Trotz Streik- und teilweisen Demonstrationsverbots scheuen sich Beamtinnen und Beamte der Police nicht, öffentlichkeitswirksam auf Missstände aufmerksam zu machen. Im Jahr 2016 legten darüber hinaus viele Beamtinnen und Beamten ihre Ermittlungsermächtigung (OPJ – officier de police judiciaire)³ nieder, um gegen die Entscheidungspraxis der Justiz, die sie als mangelnden Rückhalt wahrnehmen, zu demonstrieren.⁴ Es ist auch ein altes Thema der

traditionellen Polizeigewerkschaften, die hohe Einstellungsquote, die geringe Verurteilungsquote der Justiz, das angebliche Versagen der Präventionspolitik und die Konsequenzen mangelnder Durchsetzung von Strafen anzuprangern. Die Polizei sei es leid, immer wieder dieselben Personen festzunehmen, die alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt würden (Jobard 2016a, 4).⁵ Von den Polizeigewerkschaften allerdings fühlen sich viele nicht vertreten; die neu gegründete UPNI grenzt sich explizit von ihnen ab.

Es gibt auch eine andere Seite: Nach den Attentaten der Jahre 2015 und 2016 erlebte die französische Polizei Dankbarkeit und Bewunderung. Das mutige Einschreiten der Einsatzkräfte bei Terroranschlägen wird zu einem heroisierenden Narrativ, beispielsweise bezogen auf die erste Streifenbesatzung, die am Anschlagort des Musikclubs „Ba'ta'clan“ angekommen war und nur mit Pistolen und leichter Schutzweste ausgestattet die Täter bekämpfte oder die Beamten, die den Lkw-Attentäter in Nizza durch Schüsse stoppten. Auch die beiden Polizeiangehörigen, die an ihrem Wohnort einem gezielten Doppelmord zum Opfer fielen, werden als Helden geehrt und betrauert. Die Terroranschläge der Jahre 2015 und 2016 haben zu einem sprunghaften und teilweise patriotisch motivierten Ansteigen⁶ der Bewerberzahlen geführt.⁷ Der Solidarisierungseffekt zwischen Bevölkerung und Polizei bleibt aber situativ; mit Abflauen der Aktualität der Ereignisse kommen die Ressentiments der Bevölkerung wieder an die Oberfläche, während sich auf der politischen Bühne die nach den Anschlägen beschworene nationale Einigkeit in Verantwortlichkeitsdebatten und Schuldzuweisungen auflöst.

Auf die Frage nach dem Paradoxon, dass ein Großteil der Franzosen die Demonstrationen der Polizei für gerechtfertigt halte, gleichzeitig aber die Polizei seit Jahren das

Ziel gewalttätiger Übergriffe sei, antwortet der Polizeiforscher de Maillard⁸ in einem Radiointerview: „Es gibt eine sehr ambivalente Beziehung der Bevölkerung zur Polizei: Man liebt sie, wenn sie uns beschützt, man verurteilt sie, wenn sie strafrechtlich gegen uns vorgeht.“⁹ Die Verbundenheit der Franzosen mit der Polizei im Jahr 2015 sei aufrichtig gewesen, habe aber nicht das seit Jahrzehnten bestehende Misstrauen eines großen Teils der Bevölkerung aufzulösen vermocht, für den die Polizei ein brutales Image habe, so Jobard (Jobard 2016b, 1) in seiner Analyse über den „Hass gegen die Bullen“ („la haine anti-flics“). Trotz des situativen Solidarisierungseffektes zwischen Polizei und Bevölkerung bleibt das Verhältnis zwischen französischer Bürgerschaft und den Sicherheitskräften, vor allem der Police Nationale, seit Jahrzehnten angespannt, wenn nicht sogar feindselig.¹⁰

Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, woher die Wut kommt, mit der Angehörige der Exekutive demonstrieren: Was treibt die Polizeibeamtinnen und -beamten auf die Straße? Was sagt dies über die aktuelle Situation der Police Nationale aus und wie erklärt sich dies? Hierzu betrachten wir, welche aktuellen Ereignisse den Dienstalltag prägen, insbesondere was die anhaltende Bedrohungssituation durch Terrorismus¹¹ für die Police bedeutet, aber auch die gesellschaftlich bzw. politisch ungelösten Problemlagen, für die die Police Blitzableiter ist. Unsere These ist, dass neben den situativen und den strukturellen gesellschaftlichen Faktoren die Probleme auch „hausgemacht“ sind: Daher lenken wir abschließend den Blick auf das Selbstverständnis der Police und auf die daraus resultierende Einsatzroutine, die für Distanz, Misstrauen und Gewalt zwischen Police und Bürgerschaft sorgen. Der vorliegende Beitrag basiert zum einen auf Einblicke, die das Autorenteam im Rahmen zahlreicher und jahrelanger dienst-

licher Kontakte zur französischen Polizei gewonnen hat. Ergänzend wird die französische Presselandschaft mit Polizeibrille beobachtet und der Leserschaft zugänglich gemacht. Eingebettet werden diese Eindrücke in die aktuelle polizeisoziologische französische Forschung, wenngleich auf Grund der Aktualität der Ereignisse und des grundlegend schwierigen Feldzugangs der Forschungsstand hierzu nur rudimentär ist. Auch sei die Selektivität und Subjektivität unserer Situationsbeschreibung erwähnt: Es ist nicht nur der Blick eines wissenschaftlich orientierten Polizeivollzugsbeamten und einer Kriminologin, Polizei-Dozentin und Romanistin auf die französischen Kolleginnen und Kollegen, sondern auch der deutsche Blick auf das Nachbarland Frankreich. Wir fokussieren v.a. die Police Nationale, die auf Grund ihrer Zuständigkeit für die Städte ab einer Einwohnerzahl über 25.000 strukturell eher in Konfrontationen mit der Bevölkerung gerät als die Gendarmerie.

2. POLIZEIARBEIT ALS AUF DAUER GESTELLTER AUSNAHMEZUSTAND

2.1 Polizeiarbeit im Notstand

Die aktuelle Situation der Police Nationale ist vor allem von der Verhängung des Notstands geprägt, der infolge der anhaltenden Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus¹² nach den Attentaten des November 2015 ausgerufen und konsekutiv verlängert wurde; ein Ende ist nicht absehbar. In rechtsstaatlicher Hinsicht ist dieses Instrument umstritten, allerdings scheint es keinen breiten gesellschaftlichen Diskurs darüber zu geben. Einer der wenigen Kritiker führt an, der Notstand werde mit einer künstlichen und irreführenden Dichotomie aus Freiheit und Sicherheit geführt und man entscheide sich eben für die Sicherheit. Der Autor warnt vor simplen

binären Denkfiguren, mit denen verhüllt würde, dass der Notstand eine scheinbare Ersatzsicherheit geben würde, aber von Sicherheitskräften für Strafverfolgung in anderen Deliktsbereichen zur Strafverfolgung Kleinkrimineller missbraucht würde. Die Einschränkung bürgerlicher Grundrechte schaffe Rechtsunsicherheit und ermögliche Willkür.¹³ Im Dienstalltag führt dies zu einer extremen Inanspruchnahme und Belastung der Sicherheitskräfte.

Was bedeutet der Notstand in Hinblick auf die polizeilichen Eingriffsbefugnisse? Zunächst haben die Sicherheitskräfte die Möglichkeit, im Rahmen so genannter verwaltungsrechtlicher Durchsuchungen (*perquisitions administratives*)¹⁴ ohne richterlichen Beschluss Wohnungen zu jeder Tages- und Nachtzeit zu durchsuchen und zwar bei Verdachtsfällen in allen Deliktsbereichen (im Dezember 2016 waren dies bereits 4.500 Durchsuchungen)¹⁵. Darüber hinaus können polizeirechtliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr angeordnet bzw. durchgeführt werden: beispielsweise Platzverweise, Meldepflichtungen (Einschränkungen der örtlichen oder zeitlichen Bewegungsfreiheit, Hausarrest), Auflagen für oder Verbot von Veranstaltungen oder das Einziehen von gemeldeten Schusswaffen.

Im Dienstalltag bedeutet die Ausrufung des Notstandes nun nichts anderes, als dauerhaft „in den Stiefeln“ zu sein. Die sichtbare Präsenz hat in Frankreich einen hohen Stellenwert. So wurden alle verfügbaren Kräfte mobilisiert, dies bedeutet konkret, dass alle Organisationseinheiten, beispielsweise auch die Aus- und Fortbildung, verpflichtet wurden, Kräfte zu den allgemeinen Überwachungs- und Präsenzeinsätzen zu entsenden. Da die Sicherheitskräfte bereits durch das Migrationsgeschehen und die Terrorgefahren ausgelastet sind, wird das Militär im Inland eingesetzt. Im Rahmen der Operation „Sentinelle“¹⁶, die nach

den November-Attentaten eingerichtet und nach dem Nizza-Attentat verlängert wurde, unterstützen 10.000 Soldatinnen und Soldaten die Polizeikräfte, um auf öffentlichen Straßen und Plätzen Präsenz zu zeigen.¹⁷ Um wiederum die Militärkräfte zu entlasten, will Frankreich in den kommenden Jahren eine Nationalgarde aufbauen, indem 84.000 Reservistinnen und Reservisten für den Dienst zur Verfügung stehen sollen.¹⁸ Um die Größenverhältnisse vor Augen zu führen: Dies entspricht in etwa einem Drittel des Personalkörpers der beiden Polizeiorganisationen (Police Nationale und Gendarmerie Nationale) zusammen genommen.

Zur Einsatzbelastung an sich kommen auf individueller Ebene psychosoziale Belastungen durch die Bewältigung von Attentaten und gewalttätigen Ausschreitungen. Zur Traumabehandlung und Suizidprävention bei Einsatzkräften wurde ein Zentrum eingerichtet, das auf „Post-Attentat-Syndrome“ spezialisiert ist.¹⁹

Die Polizei als Organisation steht unter hohem medialen Druck. Sicherheitsmaßnahmen (beispielsweise am Nationalfeiertag in Nizza) der Polizei oder das Intervenieren der Einsatzkräfte bei Attentaten wird als unzureichend kritisiert und skandalisiert, die Zersplitterung der Polizeieinheiten in vielerlei Zuständigkeiten ist rechtfertigungsbedürftig. Kritik an der Exekutive ist, so unser Eindruck, als Thema omnipräsent in den Medien.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass Polizeiarbeit in Frankreich seit 2015 ein auf Dauer gestellter Ausnahmezustand ist, der eine extreme Beanspruchung der personellen Ressourcen bedeutet.

2.2 Die Exekutive als Blitzableiter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen

Die Belastungen durch die Bedrohungslage Terrorismus sind zusätzlich zu einem Arbeitsalltag zu bewältigen, der insbeson-

dere die Einheiten der Bereitschaftspolizei, aber auch des Grenzschutzes fordert. Eine Reihe von Großereignissen und besonderen Einsatzlagen bedeutet nicht nur eine hohe Beanspruchung der Personalressourcen. Im Sommer 2016 gingen die Demonstrationen gegen das Arbeitsrechtsgesetz und die Fußball-Europameisterschaft mit wochenlang anhaltenden Ausschreitungen einher, die von wechselseitiger Gewaltausübung geprägt waren. Situative Heroisierung nach Attentaten und tiefsitzender Hass durch Teile der Bevölkerung liegen nahe beieinander.

Eine junge Beamtin beschreibt die aktuelle Situation den Autoren dieses Beitrags gegenüber mit dem Kommentar „c'est la guerre civile“ (es herrscht Bürgerkrieg). Die Polizei ihrerseits steht ebenfalls wegen brutaler Durchsetzung von Maßnahmen in der Kritik: Sobald die Kameras wegschwenkten, würde mit Brutalität durchgegriffen (vgl. Jobard 2016a, 3)²⁰.

Zu den punktuellen Großlagen kommt die Anforderung, gesellschaftlich anhaltende Problemlagen zu bewältigen: Die als menschenunwürdig beschriebenen Zustände in den Flüchtlingslagern in der Hafenstadt Calais, wo sich tausende Menschen aufhielten, in der Hoffnung illegal nach England einreisen zu können, werden – auch nach mehreren Räumungsaktionen – von den Grenzschutzeinheiten der Police (PAF²¹) kontrolliert. Interne Quellen²² berichteten uns, dass es vor der Auflösung der Lager etwa hundert Verhaftungen pro Nacht gegeben habe. Die Festnahmen (garde à vue) erfolgten überwiegend wegen Gewaltdelikten der zumeist männlichen Campbewohner untereinander und gegenüber den Einsatzkräften sowie wegen Betäubungsmitteldelikten. Da dies jedoch in der Regel strafjustiziell folgenlos blieb, machten sich unter den Einsatzkräften Frustration und der Eindruck einer Macht- und Hilflosigkeit, das Kriminalitätsaufkommen steuern zu können, breit.

Für ungelöste soziale Problemlagen, die sich regional verdichten, stehen auch die als „banlieues“ bekannt gewordenen deprivierten Quartiere in den Randgürteln der Großstädte. Im Herbst 2005 wurden die Banlieues zum Synonym für gewalttätige Ausschreitungen, Deprivation und Segregation in Wohnvierteln am Rande französischer Großstädte, bei denen schon die architektonische Struktur als eine Form struktureller Gewalt betrachtet werden kann. Eine Begehung eines dieser Quartiere im Großraum Paris im Frühjahr 2015 in polizeilicher Begleitung – alle in Zivilkleidung und mit unsichtbar getragener Schutzausstattung – brachte die mulmige Erfahrung, von Bewohnern aus den Hochhaussiedlungen beobachtet, als „Fremde“ identifiziert und mit dem Zeigen einer langen Stichwaffe aus einem Fenster heraus bedroht zu werden: „Das hier ist unser Viertel, verschwindet“, sollte dies heißen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den sozialen Problemlagen und ihren möglichen Folgen, beispielsweise für Radikalisierungsprozesse, ist auf politischer Ebene nicht erwünscht. Eine Auseinandersetzung über Zusammenhänge, beispielsweise von sozialen Missständen in den Vorstädten und Terrorismus, wird mit der Begründung abgelehnt, es dürfe nicht nach „Entschuldigungen“ gesucht werden.²³ Dies hat Tradition: „comprendre, c'est déjà excuser“ (verstehen heißt bereits entschuldigen), hieß es bereits vor Jahren aus dem der Wissenschaft gegenüber nicht gerade aufgeschlossenem Innenministerium, um die Überflüssigkeit, ja sogar Gefahr sozialwissenschaftlicher Erklärungsansätze, zu denunzieren (vgl. Mouhanna 2011, 144).

Gleichwohl ist die Lebenswirklichkeit, insbesondere der jungen Menschen in den deprivierten Großstadtquartieren, hinreichend sozialwissenschaftlich beschrieben (vgl. Kepel 2015; ebd. 2012; Boucher 2013; Loch 2009). Verfehlte Stadtpolitik, Segre-

gation und Benachteiligung, fehlende Zukunftschancen insbesondere der häufig migrantisch geprägten, aber mit französischer Staatsbürgerschaft ausgestatteten Jugend sind nach wie vor aktuelle Probleme.

Geändert hat sich also ein Jahrzehnt danach in den Banlieues nicht viel. Stattdessen erfahren die Quartiere eine bürokratische Verwaltung ihrer sozialen Problemlagen, die sich in der Definition regionaler Sonderzonen und deren fortlaufender Umbenennung niederschlägt²⁴: Zunächst wurden sog. ZUS (Zones urbaines sensibles, Sensible Stadtzonen) definiert, um eine regionale Sonderbehandlung für kommunalpolitische Anstrengungen und polizeiliche Einsatztaktiken zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung zu rechtfertigen. Diese wurden dann u.a. in „quartiers prioritaires“ (vorrangige Quartiere) umbenannt. Aktuell ist die Rede von „NPNRU“.²⁵ Die ständigen Umetikettierungen mit unverständlichen Akronymen, die hier nicht vollständig aufgelistet sind, bringen zum Ausdruck, dass ein nachhaltiger kommunalpolitischer und polizeilicher Umgang mit diesen Quartieren noch nicht gefunden zu sein scheint. Für die Police bedeutet dies einsatztaktisch, dass man von einer ständigen akuten Gefährdungslage für die eingesetzten Kräfte ausgeht. So manch politisch motivierter Versuch, bürgernahe Strategien des Polizierens zu implementieren, wurde vor Ort umgesetzt, indem man hinter den Fußstreifen, die Bürgernähe zum Ausdruck bringen sollen, grundsätzlich ein Gruppenfahrzeug zu deren Schutz begleitend fahren ließ.²⁶

Die Police steht darüber hinaus für ihre Praxis der anlassunabhängigen, wiederholten und selektiven Personenkontrollen in der Kritik. Diese Kontrollpraktiken werden von ihren Adressatinnen und Adressaten als schikanierend und diskriminierend wahrgenommen und scheinen

zum Aufrechterhalten der Gewaltspiralen zwischen Police und Bevölkerung beizutragen.²⁷

3. WARUM DEMONSTRIEREN ANGEHÖRIGE DER POLICE UND NICHT DER GENDARMERIE?

Brennende Streifenwagen und Skandalisierung polizeilichen Agierens – unserem Eindruck nach ist dies kein generelles Problem der französischen Polizei, sondern vor allem der in den Städten zuständigen Nationalpolizei. Warum eigentlich sind es Beamtinnen und Beamte der Police, die demonstrieren? Auch die Beamtinnen und Beamten der Gendarmerie haben eine hohe Einsatzbelastung im Rahmen der Terrorabwehr, auch ihre Bereitschaftspolizeieinheiten kommen bei Demonstrationen und Hochrisiko-Fußballspielen zum Einsatz und sind hinsichtlich ihrer Ausrüstung (Distanzwaffen) und ihres taktischen Vorgehens nicht zimperlich – dennoch ist es vor allem die Police (insbesondere deren Bereitschaftspolizeieinheiten, die Compagnies Républicaines de Sécurité [CRS]), die für ihr „robustes Vorgehen“, so ein polizeilicher Euphemismus für rigoroses, kompromissloses Durchgreifen, bekannt ist und in der Kritik steht. Die Beliebtheitswerte und das Vertrauen seitens der Bevölkerung fallen in Umfragen regelmäßig für die Gendarmerie höher aus als für die Police.²⁸

Warum wird den Beamtinnen und Beamten der Police der Respekt, die Anerkennung durch die Bevölkerung versagt, die sie in den Demonstrationen einfordern? Dies hat, so unsere These, unter anderem strukturelle Gründe, die im Aufbau und der Zuständigkeitsverteilung innerhalb der französischen Sicherheitsarchitektur liegen, die nachfolgend skizziert wird.

Die Besonderheit der französischen Sicherheitsarbeit besteht darin, dass es zwei Polizeien gibt, deren Personalkörper annä-

hernd gleich groß ist: Police Nationale und Gendarmerie Nationale. Beide Einheiten verfügen grundsätzlich über alle Organisationseinheiten: von der Schutz- und Kriminalpolizei, Verkehrs- und Spezialeinheiten etc., mit jeweils eigener Infrastruktur (Lagezentren, Kriminaltechnik etc.). Als Faustregel der Zuständigkeit gilt, dass die Gendarmerie in ländlicheren Gebieten und die Police in Städten zuständig ist. Die örtliche Zuständigkeit bringt unterschiedliche Dienstbelastungen mit sich. Die Police bearbeitet einen Großteil des Deliktsaufkommens, während die Gendarmerie zwar flächenmäßig in ca. 95 % des Territoriums und für die Hälfte der Bevölkerung zuständig ist, aber durch die ländliche Prägung ein vergleichsweise geringes Kriminalitätsaufkommen zu bearbeiten hat.²⁹ Die beiden Polizeien trennt jedoch mehr als die örtliche Zuständigkeit: Dienstgrade, organisatorischer Aufbau, aber auch die spezifische Kultur und Herangehensweise an polizeiliche Aufgabenstellungen unterscheiden sich, auch sind Gendarmen und Policiers an unterschiedlichen Uniformen zu erkennen. Darüber hinaus ist die Police ausschließlich dem Innenministerium unterstellt, die Gendarmerie aber nur im Rahmen ihrer polizeilichen Aufgaben im Inland.³⁰ Die Gendarmerie hat grundsätzlich einen militärischen Status³¹ und kann somit auch Aufgaben im Krisen- oder Kriegsfall übernehmen.

Hier kann leicht das Missverständnis aufkommen, dass Gendarmen als Militärangehörige bei ihren schutzpolizeilichen Aufgaben „militärisch“ auftreten – tatsächlich aber sind sie unserem Eindruck nach in ihrer Arbeitsweise und ihrem Selbstverständnis viel bürgerorientierter. Gendarmen verstehen sich als Problemlöser, die dauerhaft vor Ort sind. Da sie Residenzpflicht haben und auf dem Gelände ihrer Kaserne immer auch eine kostenlose Dienstwohnung für sich und ihre

Familie gestellt bekommen, kennen sie ihre Bevölkerung gut. Ihre Kinder besuchen dieselben Schulen wie die Kinder der Familien, mit denen sie dienstlich zu tun haben. Angehörige der Police hingegen tendieren schon aus Sicherheitsgründen eher dazu, einen längeren Anfahrtsweg zur Dienststelle in Kauf zu nehmen, um mit der Familie fernab der Dienststelle leben zu können und im privaten Umfeld keinen Anfeindungen ausgesetzt zu sein.

Wenn der Streifendienst der Gendarmen beispielsweise zu einer Nachbarschaftstreitigkeit gerufen wird, wird der Fall von diesen regelmäßig auch endsachbearbeitet, während die Police in vielfältige „Sonderseinheiten“ zergliedert ist, beispielsweise Zentraler Streifendienst, BAC³² und weitere spezialisierte Unterstützungseinheiten, die eher nach dem „Feuerwehr“-Prinzip arbeiten – Brand löschen und abfahren. Gendarmen hingegen haben ein Interesse daran, nachhaltige Konfliktlösungen zu suchen. Beruhigt sich beispielsweise ein Konflikt in einer Nachbarschaft nicht, werden die Gendarmen nachts wieder aus dem Bett geklingelt. Die regionale Verankerung der „Landgendarmen“ bringt durch das Leben Tür an Tür und die Art der Fallbearbeitung eine natürlich gewachsene Bürgernähe mit sich. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zwischen den „Landgendarmen“ und der urbanen „Nationalpolizei“.

„Avec nous, les gendarmes“ (Gendarmen [kommt] mit uns) riefen die Police-Angehörigen in Sprechchören auf einer der Demonstrationen, als sie an einem von den Gendarmen gesicherten Gebäude vorbeikamen. Die Gendarmen sind jedoch der Aufforderung bislang nicht gefolgt – dies mag an der strengen militärischen Hierarchie, der sie dienstrechtlich unterworfen sind, liegen, aber auch daran, dass sie möglicherweise weniger Grund zum Demonstrieren haben.

Als Zwischenfazit ergibt sich, dass das von Distanz und feindseligem Misstrauen

geprägte Verhältnis zur Bevölkerung, das die demonstrierenden Polizisten skandalisieren, vor allem ein Problem der urbanen Police Nationale und weniger der auf dem Land zuständigen Gendarmerie ist.

4. DISTANZ UND MISSTRAUEN ZWISCHEN POLIZEI UND BE- VÖLKERUNG

Neben den strukturellen Gründen, die eher die Police in gewalttätige Konfrontationen mit der Bevölkerung bringen, sind die Probleme, die in der Wut und der Frustration in den Demonstrationen der „unabhängigen Polizisten“ zum Ausdruck kommen, aber auch hausgemacht. Unsere These ist, dass die Police selbst zur Distanz zur Bevölkerung beiträgt, indem sie repressive Elemente betont, präventive kaum berücksichtigt, Ansätze bürgernaher Strategien des Polizierens versiegen lässt und damit letztendlich zur Gewaltspirale beisteuert. Dies hängt eng mit dem Selbstverständnis der Nationalpolizei zusammen. Was dieses prägt, wie es sich auf das polizeiliche Agieren und damit wiederum auf ihr Verhältnis zur Bevölkerung auswirkt, wird nachfolgend skizziert.

4.1 Wenig Prävention – Ansätze bürgernaher Polizeistrategien versickern

Zwar gibt es landesweit durchaus Präventionsansätze, die auf die Kommunen ausgerichtet sind, auch wurden bereits 1983 Präventionsräte gegründet.³³ Es handelt sich hierbei aber weniger um ein Konzept der Kommunalen Kriminalprävention, d.h. die Police arbeitet zwar mit Kommunen zusammen, übernimmt aber selbst eher weniger präventive Aufgaben, sondern sieht sich in der Rolle, Straftaten durch Repression zu verhindern. Ein Beispiel aus dem Präventionsrat³⁴ der Eurometropole Strasbourg: Die Leiter der Police und der Gendarmerie informieren in solchen Sitzungen die Bürgermeister ihrer Zu-

ständigkeitsbereiche über Kriminalitätsgeschehen und Aktionen. Ansätze von polizeilicher Präventionsarbeit, beispielsweise im Bereich Gewalt- und Drogenprävention oder Verkehrserziehung an Schulen, sind zwar vorhanden, aber nicht flächendeckend verankert und eher randständig. Im Gegensatz zum eher gewachsenen Selbstverständnis von Bürgernähe konnten sich die zentral und bürokratisch verordneten Konzepte der Bürgernähe in der Police nicht verankern.

4.2 Das Selbstverständnis der Police ist von der Zentralstaatlichkeit geprägt

Dass die Beamtinnen und Beamten, die sich in ihren Demonstrationen gegen die Justiz und die eigenen Vorgesetzten wenden, hierbei aber die Tricolore hochhalten und die Marseillaise singen, ist aus ihrer Geschichte erklärbar. Die repressive Ausrichtung hat historische Gründe. Dass die Police traditionell auf Distanz zur Bevölkerung ausgerichtet ist, liegt auch an der Konzeption nicht nur der Sicherheitsbehörden, sondern des Staates insgesamt: Frankreich ist in allen administrativen Bereichen von der Zentralstaatlichkeit geprägt.³⁵ Dies schlägt sich nicht nur im Organisationsaufbau der Police nieder, sondern prägt auch das Selbstverständnis. Was bedeutet die Zentralstaatlichkeit für die Police? In Paris haben die jeweiligen Zentralkontrollstellen ihren Sitz, z.B. die Zentralkontrollstellen der Kriminal-, Schutz-, Bereitschafts- und Grenzpolizei. Diese Zentralkontrollstellen verzweigen sich dann auf regionaler Ebene der Departements. Der Vorteil der Zentralstaatlichkeit besteht darin, dass eine Entscheidung bis zur Basis durchgereicht wird. Gleichzeitig bedeutet dieses Prinzip aber auch, dass für Entscheidungen vor Ort teilweise langwierige Bewilligungsverfahren anfallen: „tout passe par Paris“ – alles läuft über Paris. Die Einheiten der Bereitschaftspolizei (CRS)

werden grundsätzlich in anderen Bezirken (Départements) als ihrem Dienstort eingesetzt. So finden sich beispielsweise die Einheiten der in Strasbourg ansässigen CRS 37 eher zur Lagebewältigung von Demonstrationen oder Fußballspielen in Paris. Die Begründung, warum lange Anfahrtswege in Kauf genommen werden, ist aus französischer Sichtweise einfach: Die Einheiten der Bereitschaftspolizei sind zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bzw. des Staates vorgesehen, eine „Verbrüderung“ durch örtliche Betroffenheit soll ausgeschlossen werden.³⁶ Weitergehend sieht man diese zentralstaatliche und staatsschützende Ausrichtung auch und gerade bei den Demonstrationen der Police, hier kommen nun die Bereitschaftspolizisten der Gendarmerie Nationale, die Gendarmerie Mobile, zum Einsatz. Auch hier ist der Auftrag klar. Die Gendarmerie beschützt hier gegebenenfalls „den Staat“ vor seiner Nationalpolizei.

Angesichts der akuten Terrorbedrohungen setzt man aktuell auf noch mehr Repression – dies ist kein Umbruch, sondern nur eine Verstärkung der bisherigen innenpolitischen Vorgehensweisen. Die repressive Ausrichtung hat Tradition, Prävention ist hier eher Nebenprodukt. Seit jeher übersetzt sich Polizeiarbeit in erster Linie als Einrichtung zum Schutze des Staates, der Republik, dann erst richtet sich der Schutzgedanke auf die Bevölkerung (vgl. Mouhanna 2011; Fassin 2011; Tränkle/Herzbach 2012b; Herzbach/Tränkle 2013).

In unseren Gesprächen mit französischen Kolleginnen und Kollegen zeigt sich aus einer so ganz anderen Sozialisierung heraus Unverständnis gegenüber deutschen Konzeptionen: Die Vorstellung der ganz anders konzipierten und ausgestatteten Referate Prävention, der Anti-Konflikt-Teams, des Konzepts der Bürgernähe hat in dem Ausmaß, wie es beispielsweise in

Baden-Württemberg praktiziert wird, in den Augen unserer französischen Kolleginnen und Kollegen wenig mit Polizeieren zu tun und wird mal als naiv, mal als selbstgefährdend und staatliche Macht erodierend, eingeschätzt.

Wie wird Sicherheitsarbeit in Frankreich gedacht? Die kriminalpolitische Linie setzt Repression deutlich vor Prävention. Zwar gibt es Prävention und vereinzelte Reste der sog. „police de proximité“ (Polizei der Bürgernähe, die französische Variante des community policing), aber dies ist dem Engagement Einzelner auf lokaler Ebene vorbehalten. Unsere polizeilichen Kontakte bestätigen ein ums andere Mal: Bürgernähe? Das habe nicht funktioniert und sei deshalb abgeschafft worden. Unsere These ist jedoch, dass nicht das Konzept der Bürgernähe, wie es ab den 1970er Jahren implementiert wurde, versagt hat, sondern dass es zu isoliert und vereinzelt angewendet wurde, aber sich nicht ins Selbstverständnis niederschlagen konnte. So blieben beispielsweise Fußstreifen einsatztaktisch isolierte Maßnahmen, die nicht hinreichend Wirkung entfalten konnten, um das Verhältnis zur Bevölkerung zu verbessern (vgl. Mouhanna 2011, 37; Tränkle/Herzbach 2012a; Herzbach/Tränkle 2013).

4.3 Zunehmende Militarisierung der Polizei

Statt bürgernahen und präventiven Strategien des Polizierens verfolgt die Police eine Aufrüstungslogik, die Jobard (Jobard 2016b) pointiert als These von der zunehmenden Militarisierung der Polizei beschreibt: „Die polizeiliche Handhabung der Demonstrationen gegen die Arbeitsmarktreformgesetze von 2016 hat nicht nur bei den ganz großen Zusammenkünften, sondern auch bei den unzähligen kleinen Aufzügen, eine überausgerüstete und überbewaffnete (Waffen für Gummige-

schosse, die in anderen Staaten im Rahmen von Demonstrationen nicht zugelassen sind) Polizei gezeigt, die scheinbar außerhalb jeglichen Urteilsvermögens vorgeht“ (Jobard 2016b, 2).

Die Police sieht sich weniger als Bürgerpolizei, sondern eher als Ordnungsmacht. Dies zeigt sich beispielsweise einsatztaktisch: Eine direkte und deeskalierende Kommunikation mit Demonstrationsteilnehmenden ist nicht vorgesehen. Auch Ausrüstung und äußeres Erscheinungsbild signalisieren dieses Selbstverständnis als Ordnungsmacht. Die Umstellung der Uniform vor einigen Jahren auf Cargo-Hosen, Polohemd und robuste Einsatzstiefel unterstreichen das eher militärische Erscheinungsbild (vgl. auch Fassin 2011). In der Ausbildung der Police wird viel Wert gelegt auf Elemente, die Macht demonstrieren und ausdrücken, dass die Police auch den Staat repräsentiert: wöchentlicher Fahnenappell, Marschieren und intensives Training für die Einsatzart „maintien de l’ordre“ (Aufrechterhalten der öffentlichen Ordnung, sinngem. Übers.).

5. SCHLUSSBETRACHTUNG

Zusammenfassend bedeuten die aktuellen situativen (Europameisterschaft, Arbeitsrechts-Demonstrationen u.v.m.) und grundlegenden gesellschaftlichen Problemfelder (Terrorismus, Banlieues) eine ungeheure Arbeitsbelastung für alle französischen Sicherheitskräfte. Mediale kritische Aufmerksamkeit und anhaltende Konfliktfelder mit der eigenen, v.a. mit der jungen, urbanen Bevölkerung, kommen für die Police hinzu. Die Police Nationale ist –

auf Grund ihrer regionalen Zuständigkeit in den Städten mehr als die Gendarmerie Nationale – Blitzableiter gesellschaftlicher Krisen. Darüber hinaus argumentieren wir, dass die aktuelle Situation aber auch insofern hausgemacht ist, als die französische Kriminalpolitik repressive Elemente gegenüber präventiven betont. Auf Ebene der Police Nationale übersetzt sich dies in Einsatztaktiken, die auf Distanz zur Bevölkerung und zunehmende Militarisierung der Polizei setzen. Als weitere Dimension wäre der seitens der polizeilichen Basis subjektiv erlebte mangelnde Rückhalt durch Vorgesetzte und Justiz zu nennen; im Rahmen dieses Beitrags musste jedoch die Frage struktureller Defizite ausgeklammert werden.

Unter den aktuellen terroristischen Bedrohungen, den wiederkehrenden Konfrontationen und einer Politik, die traditionell auf Distanz zur Bevölkerung setzt, dürften sich die zarten Ansätze bürgernahe Strategien erledigt haben und Repression im Vordergrund stehen – diese repressive Politik signalisiert sowohl nach außen als auch nach innen (der eigenen Bevölkerung) einen wehrhaften, starken Staat, der vor den Bedrohungen nicht zurückweicht. Auf den polizeilichen Demonstrationen wird die Tricolore hochgehalten und die Marseillaise gesungen – aber von nationaler Einheit und Solidarität ist man weit entfernt. Eine Annäherung zwischen Bevölkerung und Police, die über die kurzzeitigen Solidarisierungseffekte nach Attentaten hinausgeht, scheint auf Grund politischer und gesellschaftlicher Umstände und auf Grund interner Strukturen nicht in Sicht.

¹ Wobei durch das Risiko von Disziplinarverfahren wegen der Teilnahme an solchen Veranstaltungen sich vermutlich nur ein Teil der „wütenden Polizisten“ auf die Straße wagt.

² Eine offizielle Quelle hierfür, beispielsweise eine Webpage, scheint es zum Zeitpunkt der Einreichung dieses Artikels (Anfang Februar 2017) noch nicht zu geben; unter dem Stichwort „Union des policiers nationaux indépendants“ und „policiers en colère“ findet sich in Print- und Internetmedien eine Vielzahl von Artikeln.

³ Bei der Police Nationale verfügen nicht – wie beispielsweise in Deutschland – alle Polizeibeamtinnen und -beamten unabhängig vom Dienstgrad über die gleichen Befugnisse, sondern die Befugnis zum OPJ kann als Zusatzausbildung bzw. im Rahmen der Offiziersausbildung (Laufbahn gehobener Dienst) erworben werden. Sie ist im französischen Ermittlungswesen wichtig, da nur Beamtinnen und Beamte mit dieser Funktion wichtige Befugnisse im Rahmen der französischen Strafprozessordnung haben, die übrigen Beamtinnen und Beamten können nur auf Weisung dieser OPJ tätig werden.

⁴ Eine amtliche Statistik findet sich derzeit nicht. Die „Niederlegungen“ dieser Befähigung sind in den sozialen Medien zu verfolgen, da dort viele Postings zu diesem Thema zu finden sind. Es werden aber auch schon Tageszeitungen auf diese Problemfelder aufmerksam. So meldet „leParisien“ am 30.01.2017, dass im Bereich Val-de-Marne 90 % der OPJ um Aufhebung ihrer „Befähigung“ ersucht haben.

⁵ Ob diese Kritik am Entscheidungsverhalten der Justiz berechtigt ist oder nicht, kann im Rahmen dieses Beitrags nicht beantwortet werden.

⁶ So eine interne Einschätzung der für die Ausbildung des gehobenen und höheren Dienstes zuständigen École Nationale Supérieure de la Police, ENSP.

⁷ Nach den Attentaten im November 2015 wurden 5.000 zusätzliche Stellen bei den Sicherheitskräften (Police und Gendarmerie zusammengenommen) bewilligt. Allein bei der Police Nationale wurden über 35.000 Bewerberinnen und Bewerber zur Einstellungsprüfung zugelassen. Vgl. Civique 2016.

⁸ Vgl. Jobard/de Maillard 2015.

⁹ Ausstrahlung auf RFI am 26.10.2016, Moderator Loïc Bussières; Übersetzung ST/DH, Online: www.rfi.fr/emission/20161026-manifestations-policiers-raisons-colere (19.12.2016).

¹⁰ Zum traditionell angespannten Verhältnis zwischen französischer Bevölkerung und Polizei vgl. Boucher 2013; Kepel 2012; Fassin 2011; Mouhanna 2011; Herzbach/Tränkle 2013; Tränkle/Herzbach 2012a.

¹¹ Zur Entstehung des islamistischen Terrorismus vgl. Kepel 2015; ders. 2016).

¹² Zu den Ursachen vgl. Kepel 2016.

¹³ Vgl. Gabriel Montlhuret im Onlinejournal „Contrepoints“, 31.03.2016, Online: www.contrepoints.org/2016/03/31/245057-letat-durgence-met-en-danger-letat-droit, (09.01.2016).

Die letzte Verlängerung erfolgte nun durch Ministerratsbeschluss vom 10.12.2016 auf den 15.07.2017.

¹⁴ Verordnung No. 2015–1475 du 14 novembre 2015 als Anwendung des Gesetzes No. 55–385 vom 3. April 1955.

¹⁵ Vgl. Erläuterung zur Verlängerung des Notstandsgesetzes No 55–385 vom 3. April 1955 durch Ministerratsbeschluss vom 10. Dezember 2016.

¹⁶ Zu Deutsch: Der Wachposten.

¹⁷ Online: <http://www.defense.gouv.fr/operations/france/sentinelles/point-de-situation-des-operations-au-jeudi-21-juillet-2016>, (14.09.2016).

¹⁸ Online: www.police-nationale.interieur.gouv.fr/Nos-metiers/Reserve-civile/Vous-etes-citoyen, (14.09.2016).

¹⁹ Online: www.bfmtv.com/sante/un-centre-pour-venir-en-aide-policiers-emburn-out-1078368.html, (06.01.2017).

²⁰ Belastbare Zahlen gibt es allerdings nicht.

²¹ Akronym für Police aux Frontières. Der Grenzschutz ist als Aufgabengebiet ausschließlich der Police Nationale zugeordnet.

²² Es handelt sich um informelle, subjektive Informationen; offizielle Berichte hierzu sind nicht zu erhalten.

²³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.03.2016 (74), Rubrik Politik, 2.

²⁴ Zum französischen Faible für Akronyme und deren ständige Wandlungen am Beispiel des Versuchs, städtische Problemviertel politisch korrekt zu bezeichnen, siehe in essayistischer Form Lustiger (Lustiger 2016, 40 ff).

²⁵ Online: <http://www.anru.fr/index.php/fre/Programmes/Nouveau-programme-national-de-renouvellement-urbain> (11.01.2016).

²⁶ Diese Erkenntnisse resultieren aus den Gesprächen mit polizeilichem Führungspersonal der Polizeidirektion Strasbourg (Direction Départementale de la Sécurité Publique – DDSP 67).

²⁷ Zur Kontrollpraxis vgl. Jobard 2016a; ders. 2016b; Gauthier 2012; Lukas/Gauthier 2011; de Maillard et al. 2016. Grundlegend zu Devianz und Gewalt durch die Polizei Jobard/de Maillard 2015, 141 ff).

²⁸ Siehe L'Essor de la Gendarmerie Nationale 2015. Barometer zum Ansehen der Police und Gendarmerie Nationale. Es hatten 81 % der vom ISOP-Institut Befragten eine gute Meinung über die Gendarmerie, über die Police Nationale hatten 65 % eine gute Meinung. Diese Quelle wurde hier bewusst benutzt, da es derzeit diverse Umfragen gibt, die auch der Police hohe Werte bescheren. Diese sind in der Langzeitbetrachtung aber zu

vernachlässigen und lassen vermuten, dass die positiven Effekte derzeit durch die heldenhaften Einsätze im Rahmen der Terroranschläge eingetreten sind.

²⁹ Online: <http://www.interieur.gouv.fr/Interstats>.

³⁰ Die strikte organisatorische Trennung zwischen Police und Gendarmerie war in Frankreich bis ins Jahr 2009 gegeben, als die Gendarmerie noch ausschließlich dem Verteidigungsministerium unterstand.

³¹ Somit auch ohne tatsächliche Arbeitszeitregelungen und gewerkschaftlichen Beistand.

³² „Brigade Anti-Commando“ Gegen-Kommando-Brigaden als Teil der Brigades de Recherche et d'Intervention (BRI; deutsch: Such- und Eingreifbrigaden).

³³ Als Ursprung ist hier der Bericht einer Kommission der Bürgermeister, unter Vorsitz von Gilbert Bonnemaïson zur Ausrichtung der Sicherheitsarbeit – *Face à la délinquance: prévention, répression, solidarité; rapport au Premier Ministre* – von 1983, zu sehen.

³⁴ Dem der Autor als Vertreter des Polizeipräsidiums Offenburg als festes Mitglied angehört.

³⁵ Vgl. auch Herzbach/Tränkle 2016.

³⁶ Wiederholt im Rahmen von Ortsterminen bei verschiedenen CRS-Einheiten gegenüber der Autorin und dem Autor des Beitrags so thematisiert.

³⁷ Vgl. hierzu auch Tränkle/Herzbach 2012b.

Quellenangaben

Boucher, Manuel (2013). *Casquettes contre képis: Enquête sur la police de rue et l'usage de la force dans les quartiers populaires*, Paris.

Civique (2016). 5000 candidatures pour la Police, *magazine de l'Intérieur*, Juni/Juli (233), 17 ff.

de Maillard, Jacques et al. (2016). *Les logiques du contrôle. Des styles de police différents en France et en Allemagne*, *Revue française de science politique* 66 (2), 271–293, Online: https://www.cairn.info/resume.php?ID_ARTICLE=RFSP_662_0271.

Fassin, Didier (2011). *La force de l'ordre. Une anthropologie de la police des quartiers*, Seuil.

Gauthier, Jeremie (2012). *Origines contrôlées. La police à l'épreuve de la question minoritaire*

à Paris et à Berlin, Dissertation, Université de Versailles-Saint Quentin en Yvelines/Albert Ludwigs-Universität Freiburg, Online: http://hal.archives-ouvertes.fr/docs/00/77/86/49/PDF/these_JGauthier_red.pdf.

Herzbach, Dirk/Tränkle, Stefanie (2013). *Bürgerpolizei oder Ordnungsmacht? Repressive Tendenzen in der Polizei und ihre Auswirkungen auf das Konzept der Bürgernähe im deutsch-französischen Vergleich*, in: Frevel, Bernhard/Groß, Bernhard. *Empirische Polizeiforschung XV: Konzepte polizeilichen Handelns*, Bd. 16, Frankfurt a.M., 72–91.

Herzbach, Dirk/Tränkle, Stefanie (2016). *Polizei im Ausnahmezustand. Aktuelle Situation und Grundzüge des Aufbaus der Police und Gendarmerie Nationale in Frankreich*, *der kriminalist* (11), 14–18.

Jobard, Fabien (2016a). *Colères policières*, Paris, 56–63, Online: HAL ID: halshs-01300190.

Jobard, Fabien (2016b). *Police, du plebiscite à l'abandon*, *Grands Dossiers Des Sciences Humaines*, 22–23, Online: HAL Id: hal-01361090.

Jobard, Fabien/de Maillard, Jacques (2015). *Sociologie de la police. Politiques, organisations, réformes*, Paris.

Kepel, Gilles (2012). *Banlieue de la République. Société, politique et religion à Clichy-sous-Bois et Montfermeil*, Paris.

Kepel, Gilles (2015). *Les banlieues de l'Islam: naissance d'une religion en Europe*, Paris.

Kepel, Gilles (2016). *Terror in Frankreich: der neue Dschihad in Europa*, München.

L'Essor de la Gendarmerie Nationale (2015). *Ifop/L'Essor de la Gendarmerie Baromètre de l'image comparée des gendarmes et des policiers* (477), Janvier 2015, Online: <http://lessor.org/wp-content/uploads/2014/12/Sondage-essor.pdf>.

Loch, Dietmar (2009). *30 Jahre Politique de la Ville und kein Erfolg in Sicht?*, in: Ottersbach, Markus/Zitzmann, Thomas (Hg.) *Jugendliche im Abseits – Zur Situation in französischen und deutschen marginalisierten Stadtquartieren*, Wiesbaden, 245–267.

Lukas, Tim/Gauthier, Jérémie (2011). *Warum kontrolliert die Polizei (nicht)? Unterschiede*

- im Handlungsrepertoire deutscher und französischer Polizisten, *Soziale Probleme* 22 (2), 174–206.
- Lustiger, Gila (2016). *Erschütterung. Über den Terror*, Berlin.
- Mouhanna, Christian (2011). *La police contre les citoyens?*, Nîmes.
- Tränkle, Stefanie/Herzbach, Dirk (2012a). *Bürgerkontrolle statt Bürgernähe – Der Umgang der Police Nationale mit der jungen Bevölkerung in den Vorstädten Frankreichs*, *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* 23 (4), 361–366.
- Tränkle, Stefanie/Herzbach, Dirk (2012b). Rezension zu Christian Mouhanna: „La police contre les citoyens“, *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* (2), 150–152.
<http://www.anru.fr/index.php/fre/Programmes/Nouveau-programme-national-de-renouveau-urbain>.
- <http://www.bfmtv.com/sante/un-centre-pour-venir-en-aide-policiers-en-burn-out-1078368.html> (06.01.2017).
- <http://www.contrepoints.org/2016/03/31/245057-letat-durgence-met-en-danger-letat-de-droit>.
- <http://www.defense.gouv.fr/operations/france/sentinelle/point-de-situation-des-operations-au-jeudi-21-juillet-2016> (26.07.2016).
- <http://www.interieur.gouv.fr/Interstats>.
- <http://www.leparisien.fr/ablon-sur-seine-94480/val-de-marne-la-fronde-des-superflics-30-01-2017-6640527.php> (02.02.2017).
- <http://www.police-nationale.interieur.gouv.fr/Nos-metiers/Reserve-civile/Vous-etes-citoyen> (18.07.2016).
- <http://www.rfi.fr/emission/20161026-manifestations-policiers-raisons-colere>.

Weiterführende Literatur und Links

Herzbach, Dirk (2017). Das „unbekannte Gesicht“ der Police Nationale – der Umgang mit Minderheiten in den Problemvierteln Frankreichs am Beispiel des Jugend- und Freizeitzentrums (CLJ) der Police Nationale in Strasbourg, in: Frevel, Bernhard/Groß, Bernhard. *Empirische Polizeiforschung XX: Polizei und Minderheiten*, Bd. 21, Frankfurt a.M., (in Druck).